



Marc Piaolo
Altstadt bewahren
Tourismus fördern



Yvette Stoppiera-Wiebelt
Klimaschutz
Generationengerechtigkeit



Andreas Ragoschke
Verkehrswende mit besseren
Radwegen



Ralph Rouget
Ökologische Verkehrskonzepte
Mobilität für die Zukunft



Frank Kirchhoff
Umweltgerechte Wohn-
quartiere für junge Familien

Gerechte Verkehrspolitik schafft gleichen Raum für alle



Die derzeitige Homburger Verkehrs- politik bevorzugt einseitig das Auto als Hauptverkehrsmittel. Radwege sind kaum vorhanden, oft schlecht zu erken- nen und verschmutzt; ja sogar wochen- lang ersatzlos gesperrt (wie im Fall der Talstraße). Parkende PKW erschweren Fußgängern und Radfahrern ein Durch- kommen. Radler*innen werden häufig gezwungen, auf stark befahrene Straßen auszuweichen oder abzusteigen. Der Radverkehr beträgt nur 2% – weit unter

dem ist noch keine Verkehrspolitik. Vor- schläge der Stadtverwaltung für neue Radwege, wie für die Untere und Obere Allee, sind zu zaghaft, nicht zukunfts- orientiert und gehen zu Lasten von Fuß- wegen und Grünanlagen. Es wurde bis- lang kein Meter neuer Radweg geschaffen.

Wir GRÜNE wollen mehr und sichere Radwege für alle in Homburg, egal ob auf dem Weg zur Schule, zur Universität, zum Arbeitsplatz oder in der Freizeit!

Dafür werden mehr Flächen benötigt. Bestehende Straßen und Parkflächen müssen für alle Verkehrsteilnehmer gleich nutzbar gemacht werden. In der Zukunft wird es die klassische Dreiteilung Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger nicht mehr geben. Die zunehmende Verbreitung von Tretrollern, Elektro-Tret- rollern, E-Bikes und Elektro-Motorrädern wird neue Verkehrsweg-Konzepte erfor- dern, die die motorisierte Fortbewegung in allen Geschwindigkeitsbereichen berücksichtigen. Zahlreiche Städte im In- und Ausland machen es uns bereits vor: Zentrale innerstädtische Verkehrsräume (Straßen wie Wege) können barriere- frei zusammengelegt und gleichrangig von allen benutzt werden. Der Stärkere nimmt dabei immer auf den Schwächeren Rücksicht, der Autofahrer auf den Radfahrer, und dieser auf die Fußgänger. Wir brauchen jetzt durchgehende Rad- wege von den Ortsteilen in die Stadt-

mitte, unter besonderer Berücksich- tigung der Schulen. Eine für Radfahrer offene Altstadt hilft auch dem städti- schen Einzelhandel: Fußgänger und Rad- fahrer kaufen lokal. In der Innenstadt müssen mehr Fahrradstellplätze und am Bahnhof sichere Fahrradschließfächer geschaffen werden.

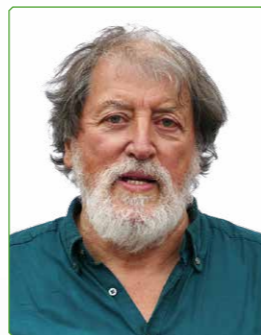
Autofreier Marktplatz = Lebensqualität in der Innenstadt

Neben mehr und flexibleren Verbindun- gen, auch in Kleinbussen mit Elektro- antrieb, von den umliegenden Gemein- den, wie Bierbach, Limbach, Mörsbach oder Waldmohr, muss auch der inner- städtische ÖPNV, z.B. vom Warburgring zum KOI, verdichtet werden. Je mehr Menschen in Homburg mit Fahrrad, ÖPNV und zu Fuß unterwegs sind, desto bessere Luft und weniger Lärm haben alle. Bus und Bahn müssen eng mit dem Radverkehr verknüpft werden, z.B. durch mehr Mitnahmemöglichkei- ten. Die Reaktivierung der S-Bahnstrecke Homburg-Zweibrücken stellt einen wichtigen Baustein für Berufspendler bis Kaiserslautern und zur Rheinschiene dar – Voraussetzung, um wieder mehr ICE-Verbindungen zu bekommen. Zudem sorgt sie für eine weitere touristische Erschließung der Biosphäre Bliesgau.

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss weiter ausgebaut werden!



Winfried Anslinger
Mehr Natur – weniger Beton



Rolf Omlor
Nachhaltige Entwicklung von Einöd, Ingweiler, Schwarzenacker

Weitere Kandidat*innen:

Katrin Lauer (Physiotherapeutin): Für ein grünes Homburg
Daniel Wiebelt (Arzt): Erneuerbare ausbauen, mit Wasserstoff Gas geben
Carola Piaolo (Dipl.-Volkswirtin): Lebendiges Homburg in intakter Umwelt
Dorothee Rouget (Dipl.-Ingenieurin): Quirilige Innenstadt für Begegnungen
Ute Kirchhoff (selbst. Bürokauffrau): Mehr Raum für Fußgänger und Radfahrer
Manfred Lauer (Wärmetechniker): Für die Zukunft unserer Kinder
Christine Maurer (Dipl.-Sozialarbeiterin): Mehr sozialer Zusammenhalt
Maria Elisabeth Breit (Krankenschwester): Neuanfang mit grünen Impulsen
Bernhard Meyers (Arzt): Gesund leben im Einklang mit intakter Natur
Eva Schwerdtfeger (Biologin): Eine ökologische Stadt für unsere Jüngsten



SfVO, Zeichen 240
Bildquelle: wikipedia.org

Bundesdurchschnitt. Homburg ist die Fahrrad-unfreundlichste Kommune im Saarland (Fahrradklima-Tests des ADFC 2019). Deutschlandweit rangiert Homburg an 305. Stelle von 311 Städten. Gegen- über 2016 hat sich die Situation weiter verschlechtert! Es ist höchste Zeit zum Handeln. Unsere Topographie (zumeist ebene und kurze Strecken) ist für das Radfahren gut geeignet. Eine Erneue- rung von Wegmarkierungen und Schil-

DER GRÜNE KURIER FÜR HOMBURG

www.gruene-homburg.de



Weil wir hier leben!



Liebe Bürgerinnen und Bürger!

In Homburg wird am 26. Mai ein neuer Stadt- rat gewählt. Wir bitten Sie um Ihre Stimme. Homburg braucht eine neue politische Kultur – mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung. Mit interkommunaler Zusammenarbeit lassen sich bei knappen Kassen Mittel sparen – gerade auch über die Landesgrenze hinweg. Wir treten für die gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden ein.

Der mobile Weg zum Wahlprogramm



<https://gruenlink.de/1lyo>

Klimaschutz ist Generationengerechtigkeit



Auch Homburg muss seinen Beitrag zur CO₂-Einsparung leisten. Zukünftige Ge- nerationen können nur dann in Sicher- heit, Wohlstand und Frieden leben, wenn wir alle die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzen. Derzeit nähern wir uns stetig Schwellwerten, deren Über- schreiten das Klima unwiederbringlich verändern. Dürreperioden und Sturzre- genfälle haben das Saarland erreicht.

Es gibt kein Erkenntnis-, aber ein Umsetzungsproblem!

Das Zeitfenster zum Gegensteuern ist auf die nächsten zehn Jahre geschrumpft und verlangt große Anstrengungen. Prio- ritäten müssen neu definiert und schnell umgesetzt werden. Die Technik und das Wissen zum CO₂-neutralen Leben sind vorhanden.

Der Ausbau von erneuerbaren Energien ist in Homburg zum Erliegen gekom- men. Immer noch stellt sich die der Ver-

gangenheit verhaftete Koalition aus SPD und CDU gegen den Zweibrücker Wind- park „Auf der Weißen Trisch“. 2015 haben die stadt eigenen Homburger Stadtwerke den echten Ökostromtarif zum Ausbau erneuerbarer Energien abgeschafft.

Ausbau erneuerbarer Energien mit angezogener Handbremse ist unfair und verantwortungslos gegenüber zukünftigen Generationen!

Das Festhalten von CDU/SPD an Hom- burg als Stadt des Verbrennungsmo- tors sichert keine Arbeitsplätze. In Chi- na, Indien, Schweden, Island und Irland werden ab 2030 nur noch Autos ohne Verbrenner Motor zugelassen, in Norwe- gen sogar schon ab 2025! Die deutsche Kraftfahrzeug-Industrie verliert wichtige Absatzmärkte. Die umweltschonendsten Fahrzeuge kommen momentan nicht aus Deutschland. Die Homburger Zuliefer- industrie muss umsteuern. Die Pläne von

BOSCH zur Entwicklung und Produktion der Brennstoffzelle zeigen eine Trend- wende!

Zukunftsorientierte Politik schafft unterstützende Rahmenbedingungen!

Noch entscheidender für unser Klima ist der Zustand unserer Wohnungen und Häuser. Aktuelle Studien zeigen, dass wir doppelt so viel CO₂ beim Heizen wie beim Autofahren verbrauchen. Der Homburger Gebäudebestand ist über- wiegend älter als 1980. Bei anstehen- den Sanierungen muss die Isolation von Außenwand und Fenstern im Mittel- punkt stehen. Die Stadt muss ihrer Vor- bildwirkung gerecht werden. Städtische Gebäude müssen CO₂-neutral werden.

Wir GRÜNE wollen für zukünftige Generationen handeln!

Wirtschaftsstandort stärken und Arbeitsplätze sichern

Homburg hat zwei große Standbeine – die Automobilzulieferer und das Univer- sitätsklinikum.

Die derzeitige hohe Abhängigkeit der Zu- lieferindustrie vom Verbrennungsmotor stellt unsere Unternehmen vor große Herausforderungen. Wir Grüne gehen davon aus, dass die Unternehmen den Einstieg in das emissionsarme Auto erfolgreich meistern. Hierzu braucht es Rahmenbedingungen und eine breite Infrastruktur für zukünftige E-Mobilität, ob nun mit Solar- und Windenergie oder

Gas- und Wasserstoff gespeist. Kom- munale Politik und Wirtschaft müssen kooperieren, um gegen starke aus- ländische Konkurrenz zu bestehen.

**GRÜNE Initiative:
3. Homburger Technologiepark
Am Zunderbaum**

Wir unterstützen die gezielte Ansiedlung neuer, wissensorientierter Unternehmen, z.B. bei Ausgründungen aus der Univer- sität oder durch private Start-ups. Die Fortsetzung der Modernisierung des Uni-

klinikums beinhaltet nicht nur eine Ver- besserung der Gesundheitsversorgung, sondern stärkt auch den Status der Stadt als Forschungsstandort. Wir GRÜNE werden mithelfen, das erfolgreiche Wis- senschafts-Cluster, das Homburg eine internationale Sichtbarkeit verschafft, zu erweitern.

Wir GRÜNE wollen einen weiteren Ausbau der Forschungslandschaft zur Schaffung hochwertiger und langfristiger Arbeitsplätze!

Moderne Verkehrspolitik muss ressourcen- und umweltschonend sein



Die Homburger CDU und SPD halten weiter an vorgestrigen Verkehrskonzepten fest. Seit 40 Jahren glauben sie den Verkehr durch immer neue Umgehungsstraßen in den Griff zu bekommen. Im Falle der geplanten Auffahrt Homburg Ost wünschen sie sich gar die Umgehungsstraße einer bestehenden Umgehungsstraße von Reiskirchen/Erbach! Im Fall der B423neu durch die Mastau zeigen selbst die von der Stadt eingeholten Gutachten, dass dadurch keine effektive Verminderung des Durchgangsverkehrs in Einöd-Schwarzenacker und Schwarzenbach erzielt würde. Dafür wird eines der letzten intakten Biotope mit Störchen und Wildkatze zerschnitten. Gleichzeitig verlieren Beeder und Schwarzenbacher ein wichtiges Naherholungsgebiet für Spaziergänger und Radfahrer. Das touristische Tor in unser Biosphärenreservat Bliesgau wird damit zubetoniert.



Nein zur B423neu!

Die Mastau und ihre angrenzenden Wohngebiete werden großflächig einer hohen Lärmbelastung ausgesetzt, ohne die bisher Betroffenen entlang der B423alt wirklich zu entlasten. Die benötigte Verkehrs- und Lärmmentlastung kann auch durch besseren ÖPNV (S-Bahn Homburg-Zweibrücken), bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, Flüsterasphalt und ein kontrolliertes Lkw-Nachfahrverbot erfolgen.

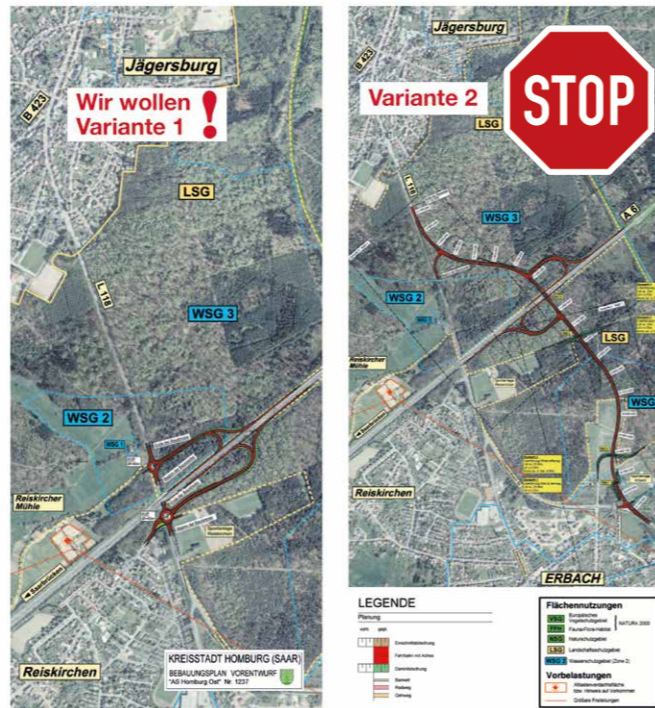
Selbst der Kreistag des Saarpfalz-Kreises hinterfragt angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen und finanzieller Restriktionen den Sinn von Umgehungsstraßen wie die B423neu.

Wir GRÜNE wollen keine weiteren Schuldenberge wegen fragwürdiger Verkehrsprojekte auf türmen!

Sinnvolle Verkehrsprojekte zeigen ein ausgewogenes maßvolles Verhältnis von Entlastung der Anwohner von Lärm und Abgasen sowie belastenden Eingriffen in Natur und Umwelt – wie z.B. die Ertüchtigung der A6-Auffahrt Homburg/Mitte, oder die Variante 1 der geplanten Autobahnauffahrt Homburg/Ost.

Verkehrsprojekte dürfen nicht die Natur zerstören und unser Trinkwasser gefährden. Die Variante 2 zur Auffahrt Homburg Ost zerstört den Eichwald auf einer Länge von 2,5 km, vorbei an drei Trinkwasserbrunnen. Erbach verliert sein Naherholungsgebiet in der einzigartigen Waldregion des Eichwaldes um Jägersburg. Als einzige Stadtratsfraktion haben wir, die GRÜNEN, uns einstimmig für die deutlich günstigere Variante ausgesprochen. Völlig unverständlich haben große

Koalition und FWG im Rat der Umgehungsstraße zur Umgehungsstraße zugestimmt, obwohl selbst der Landesbetrieb für Straßenbau die kleinere Variante 1 bevorzugt. Bei neuen Verhältnissen im Stadtrat kann diese Fehlentscheidung noch revidiert werden. Für die Anwohner der bestehenden Umgehungsstraße



Reiskirchen/Erbach fordern wir eine deutliche Ertüchtigung der Lärmschutzmaßnahmen. Im Rahmen der Variante 1 wäre ein solches Lärmmentlastungsprogramm durchaus finanzierbar.

Wir GRÜNE fordern die kleine Variante 1 zur Auffahrt Homburg Ost.

Zukunftsorientierte Stadtentwicklung muss faktenbasiert und umweltverträglich sein

Die „Stadtentwicklungsstrategie 2025“ muss umsetzbare Massnahmen zur Gestaltung der Ortsteile wie der Innenstadt enthalten. Alle beteiligten Bürger wie Mieter, Eigentümer und Einzelhändler sollen ihre Ideen einbringen können. Ein Planungsrat von Fachleuten sollte Grundlinien für die Stadtentwicklung erarbeiten. SPD und CDU sind hingegen mit ihrem überdimensionierten Einkaufszentrum auf dem Enklerplatz gescheitert. Warnungen von uns GRÜNEN wurden in den Wind geschlagen. Jetzt muss ein ergänzendes, verträgliches Warenangebot im Stadtzentrum angesiedelt werden. In Homburg fehlt z.B. ein Sportgeschäft. Ein erster Schritt kann am Vauban-Carré erfolgen.

In den vergangenen Jahren hat sich die Gastronomie umfangreich entwickelt. Nun wollen wir den Einzelhandel bei der Stärkung gemeinsamer regionaler Vertriebskanäle fachlich unterstützen. Die bestehende Plattform „Wir-in-Homburg“ ist von Anbieter- wie auch von Kundenseite auszubauen.

Mehr Leben in der Innenstadt, weniger Leerstand!

In der Innenstadt können weitere Wohnquartiere zu günstigen Konditionen entstehen. Größere Flächen hierzu stehen zur Verfügung, z.B. auf dem ehemaligen Musikschulgelände, auf dem DSD-Gelände und auf dem Enklerplatz. Baulücken müssen geschlossen werden.

Durch geeignete Investorenwahl könnten dies Projekte des sozialen und ökologischen Wohnungsbaus sein, die familienfreundlich, Generationen-übergreifend und bezahlbar sind. Die Wohnprojekte müssen in das bestehende Umfeld integriert sein, um die Bildung sozialer Brennpunkte zu verhindern. Die „Mega“-Bebauung, wie sie am Warburgring geplant ist, muss verhindert werden. Es werden nicht 114 kleine Wohneinheiten für Alleinstehende und Paare benötigt. Stattdessen sorgen grosse Wohnungen mit viel Platz für junge, wachsende Familien für eine nachhaltige Weiterentwicklung Homburgs. Ein Familien-fokussiertes Bebauungskonzept mit 60 Wohnungen ent-

spricht auch dem Gründungsgeist der Birken-Siedlung. Eine Tiefgarage genügt für die Stellplätze. Damit schaffen wir



viel Spielraum für Kinder zwischen den Wohngebäuden und verhindern gleichzeitig eine Verkehrsüberlastung.

Nachhaltiger Wohn- und Spielraum für junge Familien mit Kindern am Warburgring!

Die historisch wertvollen Reste der Altstadt sowie die mittelalterliche Stadtstruktur von Grundriss bis Gebäudekubatur wollen wir erhalten. Klotzbauten

am Schlossberg lehnen wir ab, Ausnahmegenehmigungen müssen der Vergangenheit angehören. Die Sanierung der Altstadt muss passend und ausgewogen sein. Großbebauungen, wie 2016 gegenüber der evangelischen Stadtkirche, müssen schon im frühen Stadium einer Bebauungsplanung untersagt werden – und nicht erst nach Eingang von mehr als 1.000 Protest-Unterschriften.

DSD-Gelände: Modernes und bezahlbares Wohnquartier für alle Generationen!

Für das DSD-Gelände wollen wir keine Industrieansiedlung, sondern ein integriertes Wohnquartier mit optimiertem Lärmschutz und Anbindung an die Innenstadt. Kindergarten und Nahversorgung sind am Forum schon vorhanden. Wir wollen das DSD-Gelände zu einem Modellprojekt für ein modernes,

energieeffizientes Wohnquartier mit hoher Aufenthaltsqualität entwickeln. Ziel ist es, aktuell bereit gestellte Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau abzurufen. Dafür muss die Stadtverwaltung jetzt Vorbereitungen treffen.

Die Individualität unserer Stadt hängt erheblich vom Schlossberg ab. Um Bundeszuschüsse zu bekommen, wurde auf unsere Anregung hin ein Sanierungskonzept erarbeitet. Mittel wurden über das Förderprogramm des Bundes, Teil „städtebaulicher Denkmalschutz“ eingeworben. Den Aufzug am Schlossberg lehnen wir aus ästhetischen und aus Kostengründen ab. Ein neues mediales Besucher- und Informationszentrum für die Schlossberghöhlen begrüßen wir.

NEIN zum Schlossbergaufzug, JA zum Besucherzentrum für die Schlossberghöhlen.



Nachhaltig ausmisten

Im Februar 2019 wurde Oberbürgermeister Schneidewind (SPD) zu 15 Monaten Gefängnis (auf Bewährung) wegen schwerer Untreue verurteilt. Der OB, der maximal 25.000 EUR ohne Rücksprache mit dem Rat ausgeben darf, ließ eigenmächtig im Herbst 2015 vier Mitarbeiter des Baubetriebshofs über einen Zeitraum von sieben Wochen überwachen! Die Persönlichkeitsrechte der Mitarbeiter wurden missachtet. Eine (vermutete) Holzmafia wurde nicht nachgewiesen. OB und Stadt müssen nun Schadensersatz leisten. Die Kosten der Detektivarbeit hatte der OB nicht im Griff. Für diesen Dilettantismus muss nun der Steuerzahler mit ca. 330.000 EUR aufkommen. Der Stadtrat fordert inzwischen Regress, das Verfahren ist anhängig. Die Kommunaufsicht hat den OB aufgrund des Urteils suspendiert. Wir gehen davon aus, dass der OB mit Rechtskraft des Urteils aus dem Amt entfernt wird. Im April 2019 wurde der ehemalige OB Schöner (CDU) ebenfalls zu 15 Monaten Gefängnis (auf Bewährung) wegen Vorteilsannahme verurteilt. Der Alt-OB gestand, dass ihm von öffentlicher Hand bezahlte Mitarbeiter in ihrer Arbeitszeit am Privatanwesen behilflich waren. Seit Februar 2018 wird gegen den ehemaligen Bürgermeister Roth (CDU) staatsanwaltlich wegen Betrugs ermittelt. Es ist einmalig in Deutschland, dass eine gesamte Stadtspitze vor Gericht steht.

Weniger nationale Aufmerksamkeit für Homburg durch Korruption, Amtsmissbrauch und Dilettantismus!

Wie konnte es dazu kommen? Auch wenn der Stadtrat von betrügerischem oder korruptem Verhalten keine Kenntnis hatte, so begünstigte das politische Umfeld solche Auswüchse. Eine seit Jahren regierende große Koalition ließ der Verwaltung freie Hand und schuf ein enges Beziehungsnetzwerk mit unterschiedlichen Abhängigkeiten. Kontrollinstitutionen wie das Rechnungsprüfungsamt wurden durch Auslagerung zum Landkreis blockiert. Nur bis 2011 gab es laufende Kontrollprüfungen.

Ein neuer Stadtrat muss gegenüber der Verwaltung selbstbewusster auftreten und das Einhalten von Recht und Ordnung einfordern. In der vergangenen Legislatur sahen wir GRÜNEN uns vier Mal gezwungen, die Kommunaufsicht anzurufen.

- Die im Herbst 2014 nach dem Willen des OB vom Stadtrat beschlossene Meinungsumfrage zum Windpark „Auf der Weißen Trisch“ war rechtswidrig; wenn Bürger*innen befragt werden, muss das ganze Stadtgebiet angehört werden, nicht nur ausgesuchte Ortsteile.
- Der Rausschmiss der GRÜNEN Ratsmitglieder Carola Piazzolo und Yvette Stoppiera-Wiebelt aus Stadtrat und

Ausschuss beim Enklerplatz-Bebauungsplan verstieß gegen geltendes Recht.

- Die direkte Vergabe zur Lieferung von Gas an die Stadtwerke widersprach nicht nur europäischem Recht und den Vergaberichtlinien des Stadtrates, sondern sie kostete den Homburger Steuerzahler rd. 150.000 EUR!
- Der OB überschritt seine Vergabe-Höchstgrenze von 25.000 EUR ein 2. Mal, aber er hatte sich bei SPD, CDU und FWG vorab rückversichert. Gleichzeitig schlug er Hinweise der eigenen Verwaltung auf Kostenersparnis durch den öffentlichen Wettbewerb in den Wind.

Jedes Mal wurde unsere Rechtsauffassung bestätigt. Mit Ausnahme der Detektivaffäre hat Bürgermeister Forster diese rechtswidrigen Entscheidungen als Fraktionsvorsitzender der CDU jedoch mitgetragen.

4 : 0
„GRÜNE & Kommunaufsicht“ gegen „OB, SPD & CDU“

In der nächsten Wahlperiode werden wir weiter auf Transparenz, Wettbewerb und auf die Einhaltung von Vorschriften pochen.

Weil wir hier leben!

Für Europa und Homburg Am 26. Mai GRÜN wählen!

